

Abstract zum Vortrag „Die neoliberale Oligarchie. Zum aktuellen Verhältnis von Besitz und Macht in der Demokratie

Von Jürgen Nordmann

„Postdemokratie“ ist laut Colin Crouch ein Begriff, der die Degeneration eines demokratischen Systems beschreibt, das in der Nachkriegszeit unter bis dahin kaum gekannter Partizipation der Bürger entstanden sei. Die Macht sei im neoliberalen Zeitalter von den demokratischen Institutionen auf abgeschlossene Experten- und Elitenzirkel sowie auf politisch aktive Konzerne und ihre globalen Netzwerke übergegangen, konstatierte Colin Crouch auch zuletzt in „Das merkwürdige Überleben des Neoliberalismus“. Der Neoliberalismus steht insofern für ein politisches System, das sukzessive die Demokratie untergräbt und die Wahlentscheidungen des Bürgers faktisch einschränkt.

Der Dualismus zwischen Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus, der hier in Bezug auf das politische System behauptet wird, ist kritisch zu diskutieren. Der wohlfahrtsstaatlichen Demokratie wird axiomatisch eine vergleichsweise hohe demokratische Qualität beigemessen. Diese Qualität sehen britische Sozialwissenschaftler wie Colin Crouch, Tony Judt und zum Teil Anthony Giddens, die der Labour-Party nahestehen, in der korporativen Beteiligung der Gewerkschaften und der einschlägigen Regierungsverantwortung der wohlfahrtsstaatlich orientierten Sozialdemokraten an den maßgeblichen politischen Prozessen in der liberalen Demokratie des Westens. Die wohlfahrtsstaatliche Demokratie mag wirtschaftlich ein „Golden Age“ gewesen sein, wie es Eric Hobsbawm einflussreich formulierte, aber eine vorbildliche Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen ist in einer strikt wehrhaften Demokratie, die sich zudem vor allem wirtschaftlichen Zielen verschrieben hat, schwer auszumachen. Dafür spricht, dass das Thema „Mehr Demokratie“ in den 1970er Jahren sowohl bei den sozialen Bewegungen als auch bei der Sozialdemokratie selbst ganz oben auf der Agenda stand. Auch Crouch spricht nur von demokratischen Momenten in der direkten Nachkriegszeit, behält aber durchgehend den Wohlfahrtsstaat als positive Folie bei. Erst wenn materielle Wohlfahrt für breite Bevölkerungsschichten respektive die Mittelschichten gewährleistet scheint, rückt die Frage der politischen Partizipation im Wohlfahrtsstaat in den Focus.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Begriffe Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus keine demokratischen Systeme beschreiben. Wie die Geschichte zeigt, sind die einschlägigen wirtschaftspolitischen Programme unabhängig vom politischen System anwendbar. Auch Keynes knüpfte sein Wirtschaftsprogramm nicht an ein bestimmtes politisches System, zum Beispiel die liberale Demokratie. Es geht bei der Analyse der Begriffe Wohlfahrtsstaat, Postdemokratie und Neoliberalismus vornehmlich darum, wie eine bestimmte Wirtschaftspolitik auf das politische System der liberalen Demokratie wirkt.

Sowohl der wohlfahrtsstaatliche Korporatismus als auch die neoliberale Postdemokratie prägen die vorgefundenen politischen Systeme in eine Richtung, die ihr wirtschaftspolitisches Projekt machtpolitisch stabilisiert. Anders ausgedrückt: Jede Interessenpolitik in der Demokratie hat die Tendenz, oligarchische Machtkerne zu bilden, die gegen Wahlentscheidungen resistent sind und dem Projekt sowie deren Vertretern dauerhafte Pfünde zu verschaffen. Durch das dynamische Wechselspiel des Machtgewinns von Elitenfraktionen und dem Zwang zur demokratischen Legitimation ändert sich in der Demokratie stetig die ‚Gesamtökonomie der Macht‘ (Foucault). Schon Aristoteles, aber auch John Locke konstatierten eine Tendenz zur Oligarchie.

Die Demokratie stellt im Prinzip die Dauer aller langfristigen politischen und wirtschaftlichen Projekte in Frage. Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, sind Institutionen von Nöten, die im Staat und im politischen System so verankert werden, dass sie Teil der beständigen Bürokratie und Verwaltung sind und gleichzeitig einen friedlichen Austausch der Regierungen

gewährleisten. Der Staat soll schließlich stetig funktionsfähig sein und steht einer Demokratie, die theoretisch permanent über das politische System entscheiden müsste und über den schlichten Austausch von Regierungen hinausgeht, antagonistisch gegenüber. Deshalb beschreiben liberal-demokratische Verfassungen einen relativ breiten Bereich, zum Beispiel des Rechtsstaates, der von demokratischen Entscheidungen gar nicht berührt wird. Auch können die Entscheidungsprozesse in der repräsentativen Demokratie innerhalb des von der Verfassung vorgesehenen Spektrums Veränderungen erfahren, die die grundsätzlichen Wahlmöglichkeiten dahingehend einschränken, dass das Spektrum der Fragen, die tatsächlich demokratisch entschieden werden, eingeschränkt oder erweitert wird. Diese Entscheidungen treffen Gremien, Expertenkreise und Hinterzimmerzirkel, die die Entscheidungen dann zur Legitimierung dem Parlament vorlegen. Das Parlament hat zwar in den meisten westlichen Verfassungen ein Initiativrecht, das aber de facto von der Regierung und Schattengremien ausgeübt wird. Diese Praxis setzt voraus, dass ein großer Teil der politischen Repräsentanten in der Demokratie von den Vorentscheidungen der Regierung und der Gremien profitiert.

So hat weder im wohlfahrtsstaatlichen Korporativismus noch in der neoliberalen Oligarchie ein Großteil der politischen Klasse ein Interesse an einer Ausweitung der Demokratie, weil die Repräsentanten sich an ein bestimmtes politisches Projekt gebunden haben. Die Demokratie bedroht die Repräsentanten mit Austauschbarkeit. Beständigkeit der Repräsentanz ist insofern einfach abzusichern, indem sich die Repräsentanten, Regierung und die Besitzeliten darauf verständigen, die politischen Richtungsentscheidungen vorab zu treffen.

Die gemeinsame Interessenlage zeigte sich deutlich bei den Krisenbewältigungsmaßnahmen seit 2008, die in einer Art Notverordnung durchgesetzt wurden. Die tatsächlichen Entscheidungsträger sind laut Carl Schmitt diejenigen, die über den und im Ausnahmezustand entscheiden. Seit 2008 kristallisiert sich nicht das Parlament als entscheidende politische Institution heraus, sondern oligarchische Gruppen agieren in den schnell handelnden Entscheidungszentren. In diesen Gruppen sind primär Banken respektive die Finanzwirtschaft, Besitzeliten, neoliberale Experten und Politiker der Exekutive vertreten.

Der Neoliberalismus intensiviert im Kern den Einfluss des Besitzes auf die politische Macht. Ideologisch basiert er auf einer Präferenz der materiellen Ungleichheit. Bestehen ungleiche Besitzverhältnisse, haben die Besitzenden das Interesse, den Besitz dauerhafte Anerkennung zu verschaffen (Rawls). Das gelingt nur über das politische System, das Gesetze erlässt, die die Ungleichheit erlauben und sanktionieren. Es soll zudem gewährleistet sein, dass der Staat möglichst wenig des Besitzes besteuert. In der Regel hat in ungleichen Gesellschaften keine Mehrheit ein Interesse daran, großen Besitz zu sanktionieren, sofern die Mehrheit nicht aus Besitzeliten besteht.

Im Wohlfahrtsstaat funktionierte diese klassische Klientelpolitik über die Massenparteien, die sich der Wohlfahrt der Mittelschicht verschrieben hatten. Prägend wurde in den 1970er Jahren das Zusammenspiel zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die sich der Aufgabe verschrieben hatten, den Arbeiter zu einem abgesicherten Arbeitnehmer der Mittelschicht zu machen und so die Mittelschicht zu vergrößern, ohne den Kapitalismus aufzugeben. Der wohlfahrtsstaatliche Korporativismus hatte zwar durchaus auch die Interessen der Besitzeliten und Konzerne im Auge, versuchte aber zwischen Großkapital und abhängig arbeitender Mittelschicht einen Kompromiss zu finden.

Andersherum knüpfte das neoliberale System demokratische Partizipation an den Erfolg im Wettbewerb und damit an den Besitz, den theoretisch jeder über den Markt erwerben kann.

Der Neoliberalismus kündigt damit den wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss machtpolitisch auf. Er verspricht den am Markt erfolgreichen Besitzeliten einen direkten Zugang zur Macht, ein Reopening (Sheldon) des großen Nachkriegskompromisses zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern. Das ist von Beginn an ein durch und durch politisches Projekt. Es basiert auf dem privilegierten Zugang der Besitzeliten zu den Machtzentren der Politik, auf einer direkten

Übersetzung des Geldes in Macht (Luhmann). Wenn das politische System der liberalen Demokratie eine Open-Door-Politik gegenüber Besitzeliten, Banken und Konzernen betreibt, ist neoliberale Politik nicht darauf zu beschränken, dass sie eben diese wirtschaftlich begünstigt, sondern hat den Kern in einer Öffnung des politischen Systems für Pressure Groups aus der Wirtschaft, die erst verstärkt an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt wurden und spätestens seit der Finanzkrise mit der liberalen politischen Exekutive dominante Machtkerne bilden, die zunehmend mit den demokratischen Verfassungen in Konflikt geraten.